

Landratsamt Lörrach
SG Verkehr & ÖPNV
Palmstraße 3
79539 Lörrach

Absender

Antrag auf Erteilen einer Genehmigung für einen Linienverkehr nach dem Personenbeförderungsgesetzes (PBefG)

Wichtig! Die personenbezogenen Daten dieses Antrages werden aufgrund von § 12 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) erhoben.

Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter:

<https://www.loerrach-landkreis.de/datenschutz/liniengenehmigung>

Antrag im Original (mit Unterschrift) – und allen Anlagen – per Post

-
- Verkehr mit Kraftfahrzeugen (Kfz) nach § 42 PBefG (Linienverkehr)
- Verkehr mit Kraftfahrzeugen (Kfz) nach § 43 PBefG (Sonderformen des Linienverkehrs)
- Nr. 1 Berufsverkehr
 - Nr. 2 Schülerfahrten
 - Nr. 3 Marktfahrten
 - Nr. 4 Theaterfahrten
 - i. V. mit § 2 Abs. 6 PBefG
- Antrag auf Übertragung der Betriebsführung nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 PBefG

1. Antragsteller/-in

Firmenname _____

(genaue Bezeichnung des Unternehmens)

Betriebssitz _____

(Straße, PLZ, Ort)

Wohnsitz _____

(Straße, PLZ, Ort, falls abweichend vom Betriebssitz)

Telefon _____

Fax _____

E-Mail _____

Internet-Adresse _____

2. Angaben über die/den Inhaber/-in / Gesellschafter/-in

Name	_____	Vorname	_____
Geburtsdatum	_____	Geburtsort	_____
Staatsangehörigkeit	_____	Familienstand	_____
Funktion im Unternehmen	_____		

Name	_____	Vorname	_____
Geburtsdatum	_____	Geburtsort	_____
Staatsangehörigkeit	_____	Familienstand	_____
Funktion im Unternehmen	_____		

3. Angaben über die zur Führung der Geschäfte bestellte/-n Person/-en

(Verantwortliche/-r im Sinne des PBefG)

Name	_____	Vorname	_____
Geburtsdatum	_____	Geburtsort	_____
Staatsangehörigkeit	_____	Familienstand	_____
Stellung im Unternehmen (Aufgabengebiet)	_____		

Name	_____	Vorname	_____
Geburtsdatum	_____	Geburtsort	_____
Staatsangehörigkeit	_____	Familienstand	_____
Stellung im Unternehmen (Aufgabengebiet)	_____		

4. Angaben über die fachliche Eignung

- des Antragstellers
- der für die Führung der Geschäfte bestellten Person/-en (Verantwortliche/-r im Sinne des PBefG)

Die fachliche Eignung wird nachgewiesen durch

- eine bestandene Fachkundeprüfung
- eine gleichwertige Abschlussprüfung – Anlage 6 zu § 6 Abs. 1 Berufszugangsverordnung (PBZugV)
- eine nach § 6 Abs. 2 PBZugV anerkannte andere Abschlussprüfung
- eine angemessene Vortätigkeit

5. Die Genehmigung wird beantragt für eine

- Ersterteilung
- Wiedererteilung

(Linienbeschreibung: Angabe der einzelnen Halteorte mit der Hauptlinienführung)

von (Ausgangspunkt: Halteort und Haltestelle) _____

nach (Endpunkt: Halteort und Haltestelle) _____

über (nur Halteorte) _____

Darstellung der Linienvarianten bei unterschiedlicher Linienführungen

Die einzelnen Haltestellen sind im gesonderten Haltestellenverzeichnis – Nr. 13.3 (siehe Anlage) angegeben.

Linienlänge in km (Gesamt) _____ (Teilstrecken) _____
Anzahl der Fahrten – hin (Montag – Freitag) _____ (Samstag) _____ (Sonntag) _____
Anzahl der Fahrten – zurück (Montag – Freitag) _____ (Samstag) _____ (Sonntag) _____

Änderung bzw. Erweiterung

um die Teilstrecke/-n

von Halteort und Haltestelle _____

bis Halteort und Haltestelle _____

Linienlänge in km _____

um die Haltestelle/-n (genaue Bezeichnung) _____

6. Geltende Genehmigung

Wichtig! Nur bei beantragter Änderung/Erweiterung einer bestehenden Genehmigung auszufüllen.

Die zurzeit geltende Genehmigung ist befristet bis zum _____ und lautet

von (Ausgangspunkt) _____

nach (Endpunkt) _____

über (genauer Streckenverlauf) _____

7. Die Genehmigung wird beantragt für den Zeitraum

vom _____ bis _____ (_____ Jahre)

**Wichtig! Bei Linienverkehr mit Kfz nach § 42 und § 43 PBefG beträgt die Höchstdauer 10 Jahre.
Im grenzüberschreitenden Linienverkehr beträgt die Höchstdauer 5 Jahre.
Bei Verkehr mit Straßenbahnen beträgt die Höchstdauer 15 Jahre.**

8. Die Befreiung nach § 45 Abs. 3 PBefG von den Vorschriften über

(Bei Antrag auf Genehmigung einer Sonderform des Linienverkehrs nach § 43 PBefG)

die Betriebspflicht (§ 21 PBefG)

die Beförderungspflicht (§ 22 PBefG)

die Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen (§ 39 PBefG)

den Fahrplan (§ 40 PBefG)

wird beantragt.

Die Mitnahme Dritter wird beantragt.

9. Verkehrsart nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007

Es wird ein rein kommerzieller Verkehr beantragt.

Es wird ein nicht-kommerzieller Verkehr nach der VO (EG) Nr. 1370/2007 beantragt.

Ein öffentlicher Dienstleistungsauftrag oder –vertrag wurde _____ abgeschlossen (siehe Anlage)

10. Folgende Verkehrsunternehmen sind im Einzugsbereich des beantragten Verkehr tätig

Name des Unternehmens _____

Linienverkehr/Sonderformen des Linienverkehrs (§ 42, § 43, § 52 PBefG)

Verkehr mit Straßenbahnen (§ 2 Abs. Nr. 1 PBefG)

von _____ nach _____

Eine Überlagerung mit dem beantragten Verkehr ergibt sich auf folgenden Strecken/Teilstrecken:

Name des Unternehmens _____

Linienverkehr/Sonderformen des Linienverkehrs (§ 42, § 43, § 52 PBefG)

von _____ nach _____

Eine Überlagerung mit dem beantragten Verkehr ergibt sich auf folgenden Strecken/Teilstrecken:

Name des Unternehmens _____

Linienverkehr/Sonderformen des Linienverkehrs (§ 42, § 43, § 52 PBefG)

von _____ nach _____

Eine Überlagerung mit dem beantragten Verkehr ergibt sich auf folgenden Strecken/Teilstrecken:

11. Folgende Verbesserungen sind mit der Neueinrichtung/Änderung/Erweiterung verbunden

12. Es bestehen Genehmigungen nach dem PBefG, die

vom _____ erteilt wurden.

Genehmigung vom _____ Aktenzeichen _____

gültig von _____ bis _____

13. Nachweise

13.1. Nachweis nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 PBefG

Eigenkapitalbescheinigung nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 Berufszugangsverordnung (PBZugV)

Zusatzbescheinigung nach § 2 Abs. 3 Berufszugangsverordnung (PBZugV)

Ggf. weitere Unterlagen zum Nachweis der Zahlungsfähigkeit oder des Eigenkapitals (z. B. Bilanz)

- Angaben über die für den Verkehr vorgesehenen Kraftfahrzeuge (Pkw, Kleinbus, KOM, Sonstige Fahrzeuge) wie Hersteller, Fahrzeug-Identifizierungs-Nummer, amtliches Kennzeichen, Anzahl der Sitz- und Stehplätze
- Bescheinigung des Finanzamtes des Betriebssitzes über die steuerliche Zuverlässigkeit
- Bescheinigung der Gemeinde über die steuerliche Zuverlässigkeit
- Bescheinigung aller zuständigen Stellen über die ordnungsgemäße Entrichtung der Beiträge zur sozialen Kranken- und Rentenversicherung sowie zur Arbeitslosenversicherung
- Bescheinigung der Berufsgenossenschaft über die ordnungsgemäße Entrichtung der Beiträge zur Unfallversicherung
- Beglaubigte Abschrift/Kopie der Eintragungen im Handelsregister
- Gesellschafterliste

13.2 Nachweise nach § 13 Abs. 1 Nr. 2 PBefG

jeweils für die/den

- Inhaber/-in
- Geschäftsführer/-in
- zur Führung der Geschäfte bestellte/-n Person/-en (Verantwortliche im Sinne des PBefG)
 - Polizeiliches Führungszeugnis
 - Auszug aus dem Gewerbezentralregister
 - Auszug aus dem Verkehrszentralregister

13.3 Nachweise nach § 13 Abs. 2 PBefG

Diese Unterlagen sind unbedingt erforderlich! (Übersendung im Original oder als PDF-Datei).

- Haltestellenverzeichnis (Angaben zur Stadt/Gemeinde, evtl. des Stadt-/Ortsteiles und Haltestellennamen) -fach
- Fahrplan/-pläne -fach
- Detaillierte Übersichtskarte (Eintragung des Linienvverlaufs – einschließlich der Linienvarianten) und der Haltestellen -fach
Hinweis: keine schematische Kartendarstellung
- Beförderungsentgelte und Beförderungsbefingungen -fach
- Anwendung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbefingungen des Verbundes

13.4 Sonstiges

- Folgende vertragliche Vereinbarungen bestehen im Zusammenhang mit dem beantragten Verkehr (z. B. Verträge mit dem Landkreis/Aufgabenträger/Kooperationsverträge/Betriebsführervertrag)
-

13.5 Bemerkungen

14. Erklärung

Ich/Wir versichere/-n, dass ich/wir die Angaben in diesem Antrag und in den beigefügten Anlagen, die Bestandteil dieses Antrages sind, nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe/-n.

Ort, Datum

Unterschrift/-en